

Zeitschrift für Erwachsenenbildung in Deutschland

Ausgabe 2/2025

Hessische Blätter für Volksbildung

Politische Bildung –
Neue Wege, neue Möglichkeiten

Erwachsenenbildung

vhs Hessischer
Volksbildungsrat

wbv

E-Journal Einzelbeitrag
von: Thomas Gill

Politische Bildung herausgefordert

aus: Politische Bildung – Neue Wege, neue Möglichkeiten
(HBV2502W)
Erscheinungsjahr: 2025
Seiten: 58 – 64
DOI: 10.3278/HBV2502W006

Wenn die Krisenentwicklungen der letzten 15 Jahre zu einer Veränderung unserer „Normalität“ geführt haben, dann müssen wir darüber nachdenken, welche politische Bildung wir angesichts der veränderten Realität brauchen. Die internationale Menschenrechtsentwicklung, Konzepte der aufsuchenden politischen Bildung und ein Verständnis von politischer Bildung als soziale Infrastruktur können dafür Ankerpunkte sein.

If the crisis developments since 2008 have led to a change in our „normal“, then we need to think about what civic education we require in light of the changed reality. International human rights development, concepts of outreach civic education and an understanding of civic education as a social infrastructure can be anchor points for this.

Schlagworte: aufsuchende politische Bildung; Inklusion; Menschenrechte; neue Normalität; Political adult education; outreach political education; inclusion; Politische Erwachsenenbildung

Zitiervorschlag: Gill, Thomas (2025). *Politische Bildung herausgefordert*. *Hessische Blätter für Volksbildung*, 75(2), 58-64. Bielefeld: wbv Publikation. <https://doi.org/10.3278/HBV2502W006>



Politische Bildung herausgefordert

THOMAS GILL

Zusammenfassung

Wenn die Krisenentwicklungen der letzten 15 Jahre zu einer Veränderung unserer „Normalität“ geführt haben, dann müssen wir darüber nachdenken, welche politische Bildung wir angesichts der veränderten Realität brauchen. Die internationale Menschenrechtsentwicklung, Konzepte der aufsuchenden politischen Bildung und ein Verständnis von politischer Bildung als soziale Infrastruktur können dafür Ankerpunkte sein.

Stichwörter: Politische Erwachsenenbildung; aufsuchende politische Bildung; Inklusion; Menschenrechte; neue Normalität

Abstract

If the crisis developments since 2008 have led to a change in our „normal“, then we need to think about what civic education we require in light of the changed reality. International human rights development, concepts of outreach civic education and an understanding of civic education as a social infrastructure can be anchor points for this.

Keywords: Political adult education; outreach political education; inclusion; human rights; new normality

1 Leben im neuen „Normal“

Kommentatoren wiesen nach der Finanzkrise 2008 darauf hin, dass Finanzkrisen historisch anders als konjunkturelle Krisen bisher immer ganz grundsätzlich das Vertrauen in gesellschaftliche und politische Strukturen, Verfahren und handelnde Akteure infrage gestellt haben (Funke et al. 2018). Dass dieser aus historischer Perspektive zu erwartende Effekt nach 2008 in Deutschland nicht unmittelbar eingetreten ist, kann zunächst einmal als Beleg für die Stabilität und Handlungsfähigkeit von Struktu-

ren, Prozessen und Akteurskonstellationen interpretiert werden. Aber die Finanzkrise hat weltweit den politischen Systemen und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt eine erhebliche Schlagseite eingebracht. Was danach in den letzten anderthalb Jahrzehnten folgte, war eine Aneinanderreihung und Überlagerung von Krisen: Wirtschaft, Corona, Autoritarismus, Krieg in Europa, Flucht und Migration, Klima usw. Auch wenn Krisen – dem Wortsinn nach – nicht nur als Bedrohung und Verlust, sondern auch als Chance auf Neugestaltung und Weiterentwicklung begriffen werden können, stellt die pure Anzahl und ihr zum Teil existenzieller Charakter eine erhebliche Herausforderung für die Gesellschaft, das politische System und uns als Individuen dar. Anja Besand stellte bei einer Tagung im November 2024 zu Recht die These auf, dass wir vielleicht den Zustand der multiplen Krisen schon hinter uns gelassen und es inzwischen vielmehr mit einer neuen Normalität zu tun haben – einer Normalität, zu der das Erstarken autoritärer politischer Kräfte, Kriege und außenpolitische Instabilität, die ständige Gefahr von Epidemien und die dramatischen Folgen der Klimaveränderung gehören, die nicht einfach nach einem „Wendepunkt“ wieder überwunden werden können.

Zunächst ist bei der Steuerung gesellschaftspolitischer Prozesse auf die Politik zu schauen, um die Aufgaben von Politik nicht erneut der Bildung zuzuschreiben. Hierzu einige Beispiele ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Digitalisierung: Warum wird unsere digitale Kommunikation nach privater Marktmacht und Profitinteresse gestaltet? Rechtsextremismus: Warum konnte viel zu lange ein Akteur, der inzwischen rechtmäßig als rechtsextrem bezeichnet werden darf, seine schützende Hand über die Entwicklung halten? Klimawandel: Warum wird noch immer diskutiert, als würde nicht unsere ganze Lebens- und Wirtschaftsweise infrage gestellt? Migration: Wieso der Krisendiskurs statt deren offensive Gestaltung, wenn wir auf Migration angewiesen sind? Eigentumsverteilung: Warum besteht seit 1997 die verfassungswidrige Aussetzung der Vermögenssteuer, wenn dies mit zur immer ungleicher werdenden Eigentumsverteilung beiträgt? Wenn das durchschnittliche Nettovermögen der unteren Hälfte der Bevölkerung nur 3.700 € beträgt, bedeutet das für diese Hälfte eine erhebliche ökonomisch-soziale Unsicherheit, was zur geringeren Lebenszufriedenheit führt (Schröder et al. 2020).

Aber es geht nicht nur um politische Steuerung, sondern auch um die Frage, wie die Menschen selbst auf diese Veränderungen – auf das neue „*Normal*“ – vorbereitet sind. Damit kommt die politische Bildung ins Spiel. Gemäß ihrem Selbstverständnis muss gefragt werden, wie politische Mündigkeit, Urteils- und Handlungsfähigkeit angesichts des neuen „*Normal*“ zu füllen und als Ziele politischer Bildung zu erreichen sind. Doch so wie die Versäumnisse von Politik benannt werden müssen, so ist auch die aktuelle Situation der politischen Bildung kritisch in den Blick zu nehmen.

2 Zum aktuellen Zustand der politischen Bildung

Nach zwei Jahrzehnten Rückbau und Zerschlagung von Strukturen der politischen Bildung in den 90er- und 2000er-Jahren erfolgt in den letzten 15 Jahren wieder eine Ausweitung von Angeboten politischer Bildung. Diese war aber mehr denn je mit instrumentellen Erwartungshaltungen beladen: Menschen sollten wieder an die Wahlurne gebracht, politische Einstellungen verändert und Beteiligung gestärkt werden. Für diese Aufträge wurden innerhalb weniger Jahre riesige Summen mobilisiert. Es entstanden neue Akteur:innen in der politischen Bildung, die überwiegend eine gute, engagierte Arbeit machten, unterschiedliche Gruppen von Menschen erreichten und mit zur Innovation in der politischen Bildung beigetragen haben.

Zwei Dinge sind an diesen Entwicklungen kritisch zu sehen: zum einen die falschen Erwartungshaltungen an Bildungsprozesse, die diese nicht erfüllen können. Zum anderen ist es eine schwere Hypothek für Angebote politischer Bildung, wenn sie nicht ansetzend an den Erfahrungen und Interessen der Teilnehmenden, zukunfts- und unterstützend begleitend an die Menschen herantreten kann, sondern den Auftrag erhält, gegen als problematisch angesehene Einstellungen vorgehen zu sollen (vgl. Achour/Gill 2019). Die Gefahr eines solchen Bildungsauftrags ist es, dass die Teilnehmenden lernen, bestimmte Einstellungen nicht mehr öffentlich, sondern nur noch im privaten Kreis zu vertreten und schließlich nur dann öffentlich zu zeigen, wenn sich die Träger der Einstellungen als Mehrheit empfinden können.

Klaus Holzkamp hat bereits 1994 diese Art Bildungsprogramm in Bezug auf Schule pointiert kommentiert: „Wenn man den Schülern unter Ausklammerung ihrer eigenen Subjektivität ihre rassistischen Einstellungen aberziehen will, sie also in ihrer Weltsicht und personalen Integrität von vornherein negiert, muss man sich eigentlich nicht wundern, wenn sie da nicht mitspielen, sondern durch die Demonstration von gewünschten Erziehungsergebnissen sich gegenüber jeder Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten abschirmen.“ (Holzkamp 1994, S. 47) Dies gilt für die politische Erwachsenenbildung gleichermaßen.

Eine solche Entwicklung der politischen Bildung hin zu einer „präventiven Demokratieförderung“ läuft Gefahr, das eigene Ziel der politischen Mündigkeit aus dem Blick zu verlieren und der autoritären Tendenz Vorschub zu leisten, die sie bekämpfen will.

3 Entwicklungsperspektiven der politischen Bildung angesichts des neuen „Normal“

Wo lägen Ansatzpunkte einer politischen Bildung, die ihrem freiheitlichen Ideal verpflichtet bleibt und zugleich auf die Herausforderungen der neuen Normalität reagiert? Im Folgenden sollen drei Ansatzpunkte exemplarisch beschrieben werden, aber sicher hätten es weitere verdient, diskutiert zu werden. Wichtig ist es, überhaupt mit der Debatte zu beginnen.

3.1 Das menschenrechtliche Konzept der Inklusion und politischen Bildung

Nach der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 fand im Bereich der politischen Jugendbildung sehr schnell eine Auseinandersetzung mit dem Konzept der Inklusion statt, das mit dieser untrennbar verbunden ist. In Bezug auf die politische Erwachsenenbildung wurde Inklusion bisher kaum und schon gar nicht unter menschenrechtlicher Perspektive und mit umfassendem Anspruch diskutiert (Besand 2015, Gill 2017, 2021).

Inklusion ist ein Menschenrecht, das für alle Menschen gilt. Mit ihr ist der Auftrag an die Vertragsstaaten verbunden, alle Barrieren abzubauen, die die volle gleichberechtigte wirksame Teilhabe in allen Lebensbereichen – auch der Politik – behindern. Wobei Staat im Verständnis der UN auch staatliche Instanzen wie Schule oder kommunale Volkshochschulen und auch die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure, die staatlich finanziert sind, mit umfasst. Politik im Sinne der UN-BRK ist nicht nur das politische System, sondern auch das öffentliche Leben (UN-BRK, Artikel 29). Dabei sind die Interessen, Bedürfnisse und Bedarfe aller Einzelnen Ausgangspunkt der Teilhabe, nicht die bestehenden Systeme.

Die UN-BRK fordert erstmals die Anerkennung menschlicher Vielfalt als Menschenrecht (Bielefeldt 2009). Dies hat Auswirkungen auf jegliche Anti-Diskriminierungspolitik. Nicht die Integration Einzelner (und damit implizit immer deren Anpassung), sondern die Veränderung der Systeme ergibt sich daraus als Auftrag, damit alle Teil des Ganzen werden können. Wenn Heterogenität die Norm ist, verbietet sich die Konstruktion einer Norm, an der alle gemessen werden.

Ziel inklusiver Bildung ist es, „die menschlichen Möglichkeiten sowie das Bewusstsein der Würde und das Selbstwertgefühl des Menschen voll zur Entfaltung zu bringen und die Achtung vor den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken“ (UN-BRK, Artikel 24). Dies ist für die politische Bildung ebenso anschlussfähig wie der Auftrag der Bewusstseinsbildung (Artikel 8). Danach sollen Maßnahmen ergriffen werden, um „in der gesamten Gesellschaft, einschließlich auf der Ebene der Familien, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen (Behinderung ist als Verhinderung der vollen Teilhabe zu lesen/TG)) zu schärfen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern (und) Klischees, Vorurteile und schädliche Praktiken gegenüber Menschen mit Behinderungen, einschließlich aufgrund des Geschlechts oder des Alters, in allen Lebensbereichen zu bekämpfen“ (UN-BRK, Artikel 8).

Mit diesen wenigen Hinweisen wird deutlich, dass die moderne Menschenrechtsentwicklung mit ihrem Verständnis von Inklusion auch im Bereich der politischen Bildung einen Paradigmenwechsel fordert und zugleich einen Orientierungspunkt für ein neues Selbstverständnis bietet. Der Auftrag der politischen Bildung, die politische Teilhabe aller zu stärken, wird durch das Konzept der Inklusion unmissverständlich als Recht der Menschen und als staatlicher Auftrag benannt. Dabei ist von den Menschen in all ihrer Vielfalt auszugehen und deren Würde, Interessen und Bedarfe sind als Ausgangspunkt zu nehmen. Nicht die Anpassung an bestehende Systeme, sondern deren Weiterentwicklung, dass alle ihr Recht auf volle wirksame Teilhabe verwirklichen können, ist dabei die Richtschnur.

3.2 Aufsuchende politische Bildung

Politische Bildung erreicht größere Teile der erwachsenen Bevölkerung nicht und ist aufgefordert, sich Gedanken zu machen, wie die Kluft überwunden werden kann. Der Begriff „Aufsuchende politische Bildung“ zeigt eine spezifische Problemwahrnehmung an: Es ist die politische Bildung selbst, die sich darum bemühen muss, bestehende Distanz zu überwinden, um wieder Nähe herzustellen.

Felix Ludwig und Helmut Bremer haben 2019 vorgeschlagen, aufsuchende politische Bildung wie folgt zu fassen: „Aufsuchende politische Bildung ist bestrebt, sozial-kulturelle wie physisch-räumliche Distanzen zu potenziellen Teilnehmenden durch aktives Zugehen zu überwinden, wobei ein starker Fokus auf die Entwicklung und Pflege tragfähiger Beziehungen und Netzwerke gelegt wird.“ (Ludwig/Bremer 2019, S. 2) Damit sind wesentliche Elemente zur Gewinnung eines gehaltvollen Begriffs aufsuchender politischer Bildung benannt: Es geht um Distanzen zwischen denen, die politische Bildung anbieten, und jenen, die erreicht werden sollen. Die Distanzen sind doppelt bestimmt: als sozial-kulturelle und räumliche. Und es ist auch klargestellt, dass einmalige Interventionen nicht ausreichen, sondern langfristige Beziehungen entwickelt und gepflegt werden müssen. Der Verweis auf Netzwerke macht deutlich, dass multiprofessionelle Kompetenzen benötigt werden.

Es geht nicht einfach darum, woandershin zu gehen, sondern ganz wesentlich darum, ganz im Sinne der UN-BRK sich selbst nicht als die „Norm“ zu nehmen, sondern zu begreifen, dass das Alltagsleben in anderen Kontexten ein erweitertes Verständnis politischer Bildung erfordert, wenn sie ihren Zielen gerecht werden will. Bis heute handelt es sich dabei um eine Suchbewegung, die noch der Systematisierung bedarf. Inzwischen befinden sich verschiedene Ansätze in der Erprobung: sozialräumlich in Stadtteilzentren, in Kooperation mit migrantischen Selbstorganisationen, als Interventionen vor Wahlen, im öffentlichen Raum etc. (Gill et al. 2025)

3.3 Politische Bildung als soziale Infrastruktur

Wenn politische Bildung nicht als Intervention im Nachhinein missverstanden werden soll, dann muss sie im Alltag der Menschen verankert sein, bevor die nächste gesellschaftspolitische Herausforderung virulent ist – kommen werden diese Herausforderungen unseres Zusammenlebens ohnehin. Dies würde bedeuten, politische Bildung an möglichst allen Orten zu verankern, wo Menschen zusammenkommen: in Vereinen, Stadtteilzentren, Bibliotheken etc., und zwar für alle, die diese Orte aufsuchen.

Der demokratische Staat ist angesichts der Dynamik gesellschaftlicher Entwicklungen, der Mehrfachkrisen (das neue „Normal“) und der sozialen und politischen Entkoppelungsprozesse auf die Entwicklung demokratisch und menschenrechtlich orientierten Bewusstseins für seinen Fortbestand angewiesen. Diese kann Schule als zentrale Bildungsinstitution nicht allein leisten, sondern bedarf in zunehmendem Maße der außerschulischen politischen Bildung. Diese dauerhaft abzusichern, muss als Teil der staatlichen Daseinsfürsorge verstanden werden, die einem Verständnis sozialer Infrastruktur folgt und damit sowohl die fordistische Bevormundung wie die

neoliberale Vereinzelung hinter sich lässt (siehe Gill 2024). Ein solches Verständnis politischer Bildung – insbesondere auch der Erwachsenenbildung – als soziale Infrastruktur wäre eine neue verbesserte Grundlage für eine politische Bildung, die sich der Unterstützung der Entwicklung eines kritischen Bewusstseins, der Urteils- und Handlungsfähigkeit im Sinne politischer Mündigkeit und der Fähigkeit verschrieben hat, die Widersprüche des neuen „Normals“ auszuhalten.

Literatur

- Achour, S. & Gill, T. (2019). „Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“ Extremismusprävention als politische Bildung? In *Journal für politische Bildung*, 2, 32–37.
- Besand, A. & Jugel, D. (2015). Zielgruppenspezifische politische Bildung jenseits tradierter Differenzlinien. In C. Dönges, W. Hilpert & B. Zurstrassen (Hrsg.), *Didaktik der inklusiven politischen Bildung*, 45–59.
- Bielefeldt, H. (2009). *Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention*. Deutsches Institut für Menschenrechte. https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Essay/essay_zum_innovationspotenzial_der_un_behindertenrechtskonvention_aufgabe3.pdf.
- Bundesgesetzblatt 1419 vom 31. Dezember 2008: Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Recht von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Schattenübersetzung. <https://www.behindertenrechtskonvention.info/schattenuebersetzung-3678/>.
- Funke, M., Schularick, M. & Trebesch, C. (2018). Going to Extremes: Politics after financial crises, 1870–2014. *Economic history and monetary economics and fluctuations*, Discussion paper series, no 10884.
- Gill, T. (2017). Inklusion als Menschenrecht und deren Bedeutung für die politische Bildung. In S. Achour & T. Gill (Hrsg.), *Was politische Bildung alles sein kann*. Einführung in die politische Bildung, Wochenschau, 34–45.
- Gill, T. (2021). Inklusive politische Bildung in einer globalen Welt. In S. Achour & T. Gill (Hrsg.), *Politische Bildung und Flucht – ein Paradigmenwechsel?! Wochenschau*, 66–77.
- Gill, T. (2024). Widersprüche staatlicher politischer Bildung. In Y. Chehata et al. (Hrsg.), *Handbuch kritische politische Bildung*, Wochenschau, 578–786.
- Gill, T. et al. (2025). *Handbuch aufsuchende politische Bildung*, Wochenschau, im Erscheinen.
- Holzcamp, K. (1994). Antirassistische Erziehung als Änderung rassistischer „Einstellungen“? Funktionskritik und subjektwissenschaftliche Alternative. *Das Argument*, 203, 41–48.

- Ludwig, F. unter Mitarbeit von Bremer, H. (2019). *Expertise Aufsuchende politische Bildung*. <https://aufsuchende-bildungsarbeit.arbeitundleben.de/material-links/expertise-felix-ludwig-prof-dr-helmut-bremer-universitaet-duisburg-essen-aufsuchende-politische-bildung>.
- Nachtwey, O. (2016). *Die Abstiegs-gesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Suhrkamp.
- Schröder, C. et al. (2020). MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen. In *DIW Wochenbericht*, 29, 511–521. https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/millionaerinnen_unter_dem_mikroskop_datenluecke_bei_sehr_ho_geschlossen_konzentration_hoehere_als_bisher_ausgewiesen.html.

Autor

Thomas Gill, Direktor der Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Review

Dieser Beitrag wurde nach der qualitativen Prüfung durch die Redaktionskonferenz am 23. Januar 2025 zur Veröffentlichung angenommen.

This article was accepted for publication following a qualitative peer review at the editorial meeting the 23th of January 2025.